

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

13 (7.4.1948)

VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 13

Mannheim, 7. April 1948

Preis 15 Pfg.

Nun kommen sie wieder . . .

Freie Bahn für Naziaktivisten — Neue Ungerechtigkeit gegen die kleinen Pgs

Als General Clay vor einigen Wochen bekanntgab, daß die Entnazifizierung in der amerikanischen Zone bis zum 1. Juni 1948 als abgeschlossen zu betrachten sei, verkündete er, daß allerdings ein Unterschied bestehe zwischen der Beendigung der Entnazifizierung in der amerikanischen und in der russischen Zone. In der Ostzone sei nämlich eine Einstellung der Verfahren befohlen worden, während die Entnazifizierung im amerikanischen Besatzungsgebiet tatsächlich zu Ende geführt werde. Der erste Teil der Behauptung General Clays ist zweifellos vollkommen richtig und findet unsere unbedingte Zustimmung. Was jedoch das Wesen des Unterschiedes in der Beendigung der Entnazifizierung und damit der Entnazifizierung selbst angeht, so sei es uns erlaubt, unserer Meinung unverhohlen Ausdruck zu verleihen indem wir sagen: Hier irrt General Clay.

Jedermann weiß, daß in der sowjetischen Zone das öffentliche Leben, Wirtschaft und Verwaltung gründlich von Naziaktivisten, Militaristen und Nutznießern gereinigt wurde. Der Stuttgarter „Volksstimme“ entnehmen wir folgende Ausführungen, die jedermann eindeutig zeigen, wie im amerikanischen Besatzungsgebiet die Entnazifizierung „tatsächlich zu Ende geführt“ wird.

Binnen 24 Stunden wurde für den 25. März eine außerordentliche Sitzung des Parlamentarischen Rats beim Süddeutschen Länderrat einberufen. Was ist geschehen? Noch vor nicht allzulanger Zeit hatte die amerikanische Militärregierung jede Aenderung des Entnazifizierungsgesetzes abgelehnt. Jetzt, wo es sich um den verhältnismäßig kleinen Rest der Hauptschuldigen und Aktivisten handelt, geht es ihr nicht schnell genug. Die jüngsten Erleichterungen für die Gruppe der Naziaktivisten genügen nicht mehr. OMGUS Berlin drängt, und nur mit Mühe erreichen die Ministerpräsidenten, daß das Pseudo-Parlament des Länderrates bei der Erfüllung der Wünsche der Militärregierung nicht übergangen wird.

Der hessische Befreiungsminister Binder betonte als Berichterstatter, daß der OMGUS-Vertreter der Ansicht sei, die Denazifizierung wirke hemmend für den Aufstieg der Wirtschaft (!). Nach dem vorgelegten zweiten Gesetz über die Abänderung von Vorschriften des Befreiungsgesetzes können jetzt alle Betroffenen der Klasse II, d. h. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer) im einfachen schriftlichen Verfahren in die Gruppe der Minderbelasteten oder der Mitläufer eingestuft werden. Außerdem wird das Beschäftigungsverbot für sie bereits vor dem Spruchkammerentscheid gemildert.

Mit diesen scheinbar formellen Aenderungen wird das einzige Hemmnis — nämlich die Automatik des Gesetzes — für die sowieso schon geübte Spruch-

kammerpraxis, den Kleinen zu hängen und den Großen laufen zu lassen, beseitigt. Damit aber wird, nachdem die Mitläufer abgeurteilt sind, den eigentlich Verantwortlichen in Staat und Wirtschaft des Dritten Reiches das Tor zu neuer unheilvoller Tätigkeit geöffnet. Die Wirtschaft braucht sie, heißt es. Die Wirtschaft braucht „Herren im Hause“, Männer mit Ellenbogen, die mit dem Mitbestimmungsrecht aufräumen, nach ihrer Vergangenheit wird nicht mehr gefragt, — das ist der Sinn des Gesetzes. Illustriert: Generaldirektor Haffner, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses in Frankfurt, braucht seinen Freund Schacht; Herr von Maltzan, Leiter der Außenhandelsabteilung beim Verwaltungsrat für Wirtschaft und Aussehen, die Bizone in Paris zu „verhandeln“, braucht dringend Hitlers Chefdolmetscher und SS-Sondergesandten Schmidt . . .

Interessant, wie der Parlamentarische Rat auf die so dringend vorgebrachten Wünsche der Besatzungsmacht reagierte. Zunächst Bedenken. Es war doch ein wenig peinlich, so offen für eine unterschiedliche Behandlung der kleinen und der großen Pgs einzutreten. Aber der Appetit kam

mit dem Essen. Keine Scheu mehr, OMGUS zu parieren. Die Bayern wollten sogar wunschgemäß auch die Hauptschuldigen einbeziehen, und CDU und DVP waren unersättlich bei den Formulierungen immer neuer Aenderungen zugunsten der Aktivisten und winkten bereits mit einer Art „Wiedergutmachungsgesetz für die durch Entnazifizierung Geschädigten“.

Die kommunistischen Abg. Buchmann und Carlebach verlangten die Ablehnung des Aenderungsgesetzes, „da es vorzugsweise den restlichen Nutznießern und Hauptschuldigen des Naziregimes zugutekäme, was eine neue Ungerechtigkeit gegenüber den Millionen kleiner Pgs und Mitläufer bedeuten würde, die sich bisher der ganzen Schwere des Entnazifizierungsverfahrens unterziehen mußten!“ Sie blieben allein. Ob allen anderen Herren wohl war, die dort ein weiteres Stück potentieller Demokratie zu Grabe trugen, als sie den Aktivisten, Militaristen und Nutznießern die anbefohlenen Osterrabatte gaben? Kroch keinem von ihnen ein leichtes Frösteln über den Rücken, wenn er an die Geschichte der Weimarer Republik dachte?

Gegen Kriegshetze - für einen gerechten Frieden

Eine Entschliebung des Deutschen Volksrates

Als eine seiner ersten Handlungen faßte der Deutsche Volksrat eine Entschliebung „Gegen Kriegshetze“, mit welcher er der nun auch in Deutschland bewußt und systematisch erzeugten und verbreiteten Kriegshysterie entgegentritt und einen baldigen gerechten Frieden fordert.

„Der Deutsche Volksrat konstituiert sich zu einer Zeit, in der schwere Wetterwolken am weltpolitischen Horizont heraufziehen. Die Sturmzeichen mehren sich in verschiedenen Teilen der Welt.

In Washington fordert der Präsident der Vereinigten Staaten die Militarisierung des ganzen Volkes, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Ausbildung der gesamten Jugend zum Waffen- und Kriegsdienst.

In Brüssel schließen sich England, Frankreich, Holland, Belgien und Luxemburg zu einem westeuropäischen Militärbündnis zusammen.

In Paris beschließen die 16 Marshallplan-Länder die Einbeziehung der drei westlichen Zonen Deutschlands in diesen Konzern des wirtschaftlichen und militärischen Imperialismus.

Gegen wen richten sich diese Maßnahmen? Gegen die Sowjetunion, die jetzt ihre bewaffnete Macht entscheidend herabsetzt? Gegen das deutsche Volk, das waffenlos am Boden liegt und keine andere Sehnsucht kennt, als die nach Frieden und Befreiung von der Not und dem Elend des Krieges? Klingt es nicht wie grausamer Hohn, wenn der Vorschlag zum Brüsseler Militärpakt besagt, daß er geschlossen wird im „Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an Wert und Würde der menschlichen Persönlichkeit“?

Die Gründe sind anderer Art. Unverhüllt denn je zeigt ein neuer Imperialismus seine wahren Absichten: wirtschaftliche und politische Alleinherrschaft über die Welt, um jeden Preis, Herrschaft der Atombomben, der Flugzeuggeschwader und Tanks über die friedlichen und fortschrittlichen Kräfte der Welt. Demgegenüber ist es dem Deutschen Volksrat eine unabweisbare Pflicht gegenüber dem deutschen Volke und der gesamten Menschheit, als erstes, was er tut, das Bekenntnis abzulegen, daß er sich vorbehaltlos in den Dienst einer wahren Friedenspolitik stellt. Der Frieden ist die höchste Menschheitsidee. Der Krieg aber bedeutet den Untergang der Kulturwelt.

Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Frieden!

Berlin, den 19. März 1948.

Der Deutsche Volksrat.

150 000 t Walöl wird zu Seife verarbeitet

Der „Mannheimer Morgen“ berichtet über die Feststellung eines Sachverständigen, daß Norwegen 150 000 t Walöl, die in der diesjährigen Saison anfallen werden, bereits an Amerika verkauft hat. Das Empörende dabei ist, daß dieses Walöl nicht für die menschliche Ernährung verwendet, sondern von der amerikanischen Seifenindustrie zu Seife verarbeitet wird. Der erwähnte Sachverständige hat in seiner Denkschrift nachgewiesen, daß das Walöl, welches nun zu Seife verarbeitet wird, ausreichen würde, um die monatliche Fettzuteilung in der Bizone für die Dauer eines Jahres um 150 g zu erhöhen. Diese Feststellung kennzeichnet zur Genüge die Erklärungen, welche auf das deutsche Ersuchen um Zulassung zum Walfang abgegeben wurden. In der Welt herrsche Fett-

mangel, sagt man. Warum wird dann aber Fett, das für die menschliche Ernährung geeignet ist, zu Seife verarbeitet? Deutschland könne zum Walfang nicht zugelassen werden, da die Gesamtanzahl für Wale auf Grund internationaler Vereinbarungen festliege. Warum müssen dann aber nicht weniger als 40 vom Hundert — das sind nämlich die 150 000 t — der Gesamtmenge aller am Walfang beteiligten Nationen ausgerechnet zu Seife verarbeitet und den hungernden Menschen entzogen werden? Fragen über Fragen erheben sich, welche keinen Zweifel darüber lassen, daß alle Argumente, welche die Tatsache verschleiern wollen, daß der Weltimperialismus mit dem Hunger der Völker Politik und Geschäfte macht, auf äußerst schwachen Füßen ruhen.

Für Deutschland

„Die Verbotspolitiker mögen sich gesagt sein lassen, daß es außerhalb der SED Millionen guter Deutscher gibt, die hundertmal lieber mit der SED für die Einheit Deutschlands gehen werden, als einmal mit ausländischen Militärmächten gegen die Einheit Deutschlands.“

(Otto Grotewohl auf dem 2. Deutschen Volkskongreß.)

Es wird keinen Krieg geben

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Gottwald erklärte vor einigen Tagen auf einer Konferenz der Kommunistischen Partei in Prag, daß es keinen dritten Weltkrieg geben werde, weil die Kräfte des Friedens unter Führung der Sowjetunion so stark seien, daß jeder, der es wage, einen neuen Krieg vom Zaun zu brechen, durch sein eigenes Volk vernichtet werden würde. Diese Ueberzeugung, welche alle fortschrittlichen Kräfte in der Welt teilen, darf uns jedoch keineswegs dazu verleiten zu übersehen, daß die Weltreaktion gewissenlos mit dem Gedanken eines neuen Menschenmordes spielt. Wir wissen, daß in Amerika Kräfte am Werk sind, denen es gelungen ist, eine politische Atmosphäre zu schaffen, die wohl am besten mit dem Ausdruck Kriegshysterie gekennzeichnet wird. Insbesondere versucht man, zu diesem Zweck das alte wohlbekannt „Gespenst des Kommunismus“ heraufzubeschwören. Aber der Präsidentschaftskandidat Henry Wallace wies, nach DPD, dieser Tage in einer Rundfunkrede darauf hin, daß weder die Aushebung zum Militärdienst, noch die Ausfuhr von Kriegsmaterial dem Kommunismus Einhalt gebieten werden. Wallace ist kein Kommunist und deshalb wirft er gerade der Politik Trumans, Churchills und Vandenberg vor, daß sie den Kommunismus stärke. Er forderte seine Zuhörer auf, Bittschriften an den Kongreß zu richten, daß der kriegstreibende Kurs verlassen wird, und rief aus: „Ihr macht euch ebenso schuldig wie die Deutschen, die Hitler an die Macht kommen ließen, wenn ihr nicht sofort handelt.“

Wallace steht mit seiner Meinung durchaus nicht vereinzelt da. Der republikanische Abgeordnete Harold Knutson greift beispielsweise in einem Leitartikel des „Pioneer Journal“ die Politik Trumans an und fordert den Rücktritt Marshalls. Er schreibt: „Es ist tragisch zu sehen, daß die Außenpolitik unserer Regierung in den Händen zweier unfähiger Männer — Truman und Marshall — liegt. Wenn die Vereinigten Staaten einen Krieg vermeiden wollen, muß Marshall nach Hause geschickt werden.“ Wer wollte bestreiten, daß auch dies die „Stimme Amerikas“ ist, die wir allerdings in den gleichnamigen Rundfunksendungen nicht vernehmen. Es ist die Stimme des anderen, des besseren Amerika, die durch alles Säbelgerassel und Kriegsgeschrei an das Ohr der Völker Europas dringt.

Wallace kandidiert in 46 Staaten

Die dritte Partei wird zu den kommenden Präsidentschaftswahlen in USA Henry Wallace in 46 von den insgesamt 48 Staaten als Kandidaten aufstellen.

Prof. Einstein für Wallace

Der berühmte Physiker Albert Einstein bezeichnete Henry Wallace als den Mann, „der uns aus der schwierigen innerpolitischen und drohenden internationalen Lage retten kann.“

Steigen der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten

Eine von „Wallstreet“ veröffentlichte Statistik zeigt das Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den USA. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Januar 2 065 000, im Februar 2 639 000 und stieg im März weiter an.

**Einheit!
Freiheit!
Frieden!**

Pässe für Buchenwald verweigert

Wie aus einer Reihe von Orten, so Mannheim, Karlsruhe und anderen bekannt wird, hat die amerikanische Militärregierung Stuttgart den Antifaschisten und ehemaligen Insassen des Konzentrationslagers Buchenwald, welche zu dem internationalen Buchenwaldtreffen Pässe beantragt und teilweise bereits erhalten hatten, diese verweigert bzw. wieder eingezogen. Eine nähere Begründung für die Rückforderung der Pässe wurde nicht gegeben. Aus Vorstandskreisen der VVN in Mannheim erfahren wir, daß beabsichtigt ist, gegen diese unverständliche und ungerechtfertigte Maßnahme Protest einzulegen.

Mannheim 1848 Ferngelenkte CDU-Netze statt sachlicher Arbeit

„Die Erstlinge meiner Regierungstätigkeit sind heute in Mannheim ans Licht getreten . . .

Morgen, Sonntag, wird Mannheim von 5 Bataillonen Bayern, 1 Regiment Kurhessen, 1 Regiment Nassauern, 4 Schwadronen Kurhessenhussaren und etwa 16 Kanonen zur Vernunft gebracht. Die Verfügung hierüber, nämlich über Entwaffnung der Bürgerwehr, Erklärung in Kriegszustand usw. ist die erste, die ich mit unterzeichnet habe . . .

Im Oberland steht es gut. Man hat die Schufte absichtlich aus der Schweiz und Frankreich hereingelassen, um ihnen einmal den Garaus zu machen. Herweghs Bänditen sind von den Württembergern tüchtig geklopft worden . . .

Wenn Mannheim gesichert ist, dann gibt es eine solide Abrechnung mit den Buben aller Art. „Abendzeitung“, „Volkzeitung“, „Zuschauer“ hören auf . . . Die Wahlen werden kassiert usw. . . .

Das schrieb am 29. April 1848 in einem Brief an seine Frau der Judas der badischen Revolution, Karl Mathy, der als Belohnung für die Verhaftung Ficklers zum Staatsrat ernannt worden war.

Wilhelm Bloß schreibt darüber in „Badische Revolutionsgeschichte“ — 1910: „Mathy kam noch an diesem Tage nach Mannheim zurück, wo die Nachricht von seiner Tat eine ungeheure Aufregung hervorgerufen hatte. Das Volk tobte um sein Haus mit dem Rufe „Volkverräter“. Die „ehrbare Bürgerschaft“ kam dem „edlen Patrioten“ zur Hilfe; mehrere Kompanien der Bürgerwehr besetzten seine Wohnung und auch das Rathaus, wohin man ihn gebracht hatte. Unter dem Schutze ihrer Bajonette sprach er zu der auf dem Markte versammelten „Volksmasse“.



Karl Mathy

In einer der letzten Nummern des „Mannheimer Morgen“ macht P. Kühler den Versuch, gegen die geschichtliche Wahrheit anzugehen und die republikanische Bewegung in Baden als landesverräterisch, weil im Bunde mit Frankreich, anzuprangern, wie dies auch vor 100 Jahren schon die Mathy, Solron und Bassermann unternommen hatten.

Man sieht, die Reaktion ist in ihren Argumenten nicht sonderlich erfindungsreich. Die Mathys des Jahres 1948 sind aus durchsichtigen Gründen bestrebt, dem deutschen Volk ein falsches Bild über die Bewegung des Jahres 1848 vorzuführen. Für sie gilt sinngemäß das, was Moritz Hartmann einem anderen Mannheimer des Jahres 1848, dem „Gestaltenseher“ Bassermann, in den Mund legte:

„Ich und der Mathy,
Der Mathy und ich,
Man nennt uns zusammen,
Das ehrt und zieret mich.

Man nennt uns zusammen
Wie Eins und Zwei,
Wie Lüg' und Heuchelei,
Wie Paß und Polizei.“

Hundert Jahre Irr- und Leidensweg haben dem deutschen Volk die Augen so geschärft, daß es sich auch durch die Mathys von heute nicht davon abbringen lassen wird, das zu vollenden, wofür die Männer und Frauen des Jahres 1848 gekämpft haben:

Die unteilbare, demokratische deutsche Republik.

Ohne Sowjetunion kein Friede

Paris. Der britische Labourabgeordnete Ziliacus erklärte in Paris: „Es gibt keine Möglichkeit, ohne die Sowjetunion Frieden zu schaffen oder Europa zu reorganisieren.“ Er äußerte die Ansicht, daß ein Abkommen mit Osteuropa Großbritannien in die Lage versetzt, mit den Vereinigten Staaten zu verhandeln, ohne sich zu weit gespannten Forderungen von deren Seite zu beugen.

Störungsfeuer der in zwei Wahlkämpfen unterlegenen CDU im Mannheimer Stadtrat gegen neuen Verwaltungsaufbau

Dem Mannheimer Stadtrat lag in seiner letzten Sitzung ein Plan des Oberbürgermeisters über die Neugliederung der Stadtverwaltung vor. Die Geschäfte der Stadt Mannheim sollen nach diesem Plan durch fünf Hauptabteilungen geführt werden. Die erste und zweite Hauptabteilung liegen in den Händen des Oberbürgermeisters und des ersten Bürgermeisters. Die drei übrigen Hauptabteilungen sollen in die Hände der noch zu wählenden drei Beigeordneten gelegt werden. Die CDU wandte sich gegen diesen Plan und erreichte zunächst gegen die Stimmen der KPD seine Ueberweisung in einen neugebildeten Siebenerausschuß des Stadtrats. Die CDU konnte jedoch nicht das Ausschreiben der drei Beigeordnetenstellen verhindern.

In der Debatte ließ die CDU durch ihren Sprecher, Stadtrat Grande, erkennen, daß sie auf dem Weg von Hindertüren das klare Ergebnis sowohl der Mannheimer Stadtrats- als auch der Bürgermeisterwahlen verfälschen möchte. Unter Heranziehung des Vokabulars der internationalen Kommunistenhetze forderte er reichlich unverschämte die Ausschaltung der Kommunistischen Partei von der Mannheimer Verwaltungstätigkeit. Die Absicht der in zwei Wahlkämpfen empfindlich geschlagenen CDU ist offensichtlich. Die Mannheimer Arbeitermehrheit soll nicht zum Tragen kommen und die stärkste Partei im Mannheimer Stadtrat, die SPD, in Abhängigkeit von der CDU geraten. Die Herren haben sich dies etwas zu schlaue ausgedacht, um dabei Erfolg zu haben. y. z.

Westdeutschland eine militärische Wüste

Walter Lippmann rechnet mit politischem Wechsel in Deutschland Ummenschliche Drohungen

Die „Neue Zeit“, die Tageszeitung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 31. 3. 48 Auszüge aus einem Artikel des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann, der besonders für die Bevölkerung Westdeutschlands von Interesse ist. Walter Lippmann schreibt:

„Obwohl daher Westdeutschland in das europäische Wiederaufbauprogramm sowohl um Deutschlands als um Europas willen einbezogen werden wird, sollte es unsere festentschlossene Politik sein, auf einen politischen Wechsel in Deutschland vorbereitet zu sein. Es sollte der deutschen Nation klargemacht werden, daß, wenn sie wieder einmal mit Rußland paktiert oder sogar nur die ersten Bewegungen zu einem solchen Handel unternimmt, dies eine Angriffshandlung gegen den Westen sein wird, der durch eine summarische Aktion begegnet werden wird. Denn wenn auch unsere Streitkräfte die Rote Armee an der Elbe nicht aufhalten können, so ist es doch ganz in unserer Macht, Westdeutschland zu einer militärischen Wüste zu machen. Was mit Schwierigkeiten wieder aufgebaut wurde, kann mit Leichtigkeit zerstört werden. Die Kenntnis davon, daß wir dies tun könnten und tun würden, sollte genügen, die Versuchungen abzuwehren, die Rußland bietet, und den Druck, den es ausüben kann.“

Walter Lippmann ist zwar als Journalist Privatmann und seine Meinungen brauchen nicht unbedingt die offizielle Auffassung der USA darzustellen. Indessen befanden sich alle bisherigen Darlegungen und Prognosen Lippmanns in weitgehender Übereinstimmung mit der gegenwärtigen Politik der USA, so daß man in ihm mit

einiger Berechtigung einen Sprecher dieser Macht ansehen kann. Die ungeheuerlichen Drohungen Lippmanns lassen von neuem erkennen, meint das CDU-Blatt mit seinem Kommentar, daß der vielgepriesene Marshallplan für Westdeutschland samt seinen angeblichen wirtschaftlichen Vorteilen nur ein Lockmittel, vor allem aber ein Druckmittel ist, um die Deutschen des Westens den Wünschen und Zielen der Westmächte dienstbar zu machen. Man rechnet mit einem politischen Wechsel und ist entschlossen, ihm dadurch zu begegnen, daß man Westdeutschland „in eine militärische Wüste“ verwandelt. „Könnte nicht nach dieser subjektiven Methode,“ so fragt das CDU-Organ, „der bescheidene Versuch Westdeutschlands, im Hinblick auf die im Potsdamer Abkommen zugesicherte Einheit Deutschlands, mit Ostdeutschland wieder eine engere wirtschaftliche und politische Verbindung einzugehen, bereits als eine erste Bewegung zum Paktieren mit Rußland ausgelegt werden? Die Politik der USA, wie sie Lippmann propagiert, steht in einem unüberbrückbaren Widerspruch zu allen amerikanischen Versicherungen, daß die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als das letzte Ziel der amtlichen Politik der USA anzusehen sei, und ebenso in Widerspruch zu dem Versprechen der Atlantik-Charta, daß allen Völkern das Selbstbestimmungsrecht zugestanden werden solle.“

Als auch Hitler dem englischen Volke drohte, er werde seine Städte ausradieren, empörte sich mit Recht die gesamte gesittete Welt gegen die Brutalität der Sprache und der Gesinnung. Wird die zivilisierte Welt jetzt mit dem gleichen Schrei der Empörung die unmenschliche Drohung aus der USA beantwortet?“

Vom Kalorienschwindel zum Kalorienbetrug

Gegenwärtige Kalorienwerte entsprechen nicht den Tatsachen

Von Kalorien wird man, wir haben es zur Genüge erfahren, nicht satt. „Wir wollen Brot, und keine Kalorien!“ — so stand denn auch auf den Spruchbändern zu lesen, die die streikenden Arbeiter in Bizonesien mit sich führten. Aus dem Kalorienschwindel, der den hungernden Menschen Westdeutschlands eine Kalorienzahl von 1550, von 1850, von 2100 und mehr verspricht, ist inzwischen ein offener Kalorienbetrug geworden. 2000 Kalorien genügen, wie wissenschaftliche Untersuchungen von verschiedenster Seite einhellig feststellen, nicht einmal, um einen völlig untätigen, geschweige denn einen schaffenden Menschen bei Kräften zu halten. Die 1550 Kalorien, die wir so oft nicht erhalten haben, genügen dazu noch weniger. Zum offenen Betrug wird die ganze Kalorienrechnung in dessen durch die Ergebnisse einer Untersuchung, die lt. „Flensburger Tageblatt“ Prof. Dr. Harmsens (Hamburg) auf Veranlassung der britischen Militärregierung durchgeführt hat. Danach entsprechen die z. Zt. festgesetzten Kalorienwerte in keiner Weise den Tatsachen.

So wurde für Fleisch 160 Kalorien Standardwert festgesetzt, während die Untersuchung nur einen Mittelwert von 101 Kalorien ergab.

Für Fisch wurde ein tatsächlicher Kalorienwert von 70 Kalorien ermit-

telt, während 140 Kalorien darauf angerechnet wurden. Die Bevölkerung erhielt also nur die Hälfte der hierfür festgesetzten Kalorienmenge.

Für Käse wurde ein Wert von 240 Kalorien festgesetzt, während der in der Regel nur erhältliche Schmelzkäse einen tatsächlichen Kalorienwert von 145 bis 166 hat.

Der Standardwert für Brot ist auf 240 Kalorien festgesetzt. Die Untersuchung des Hygienischen Instituts ergab einen Mittelwert von knapp 200 Kalorien. Wenn jetzt aus 100 kg Mehl anstatt wie bisher 136 nunmehr 150 kg Brot gebacken werden müssen, so würde der Kalorienwert infolge des Wassergehaltes im Brot auf 190 Kalorien sinken.

1434 Formulare

Aus Solingen erhalten wir einen Bericht, welcher zeigt, welch unsinnige Schranken heute dem innerdeutschen Wirtschaftsverkehr entgegengesetzt werden, um die von den Alliierten beschlossene wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu verhindern. Eine Fabrik landwirtschaftlicher Geräte, das Raspe-Werk, verfügt über ausreichende Bestände, kann jedoch die vorliegenden Aufträge aus der Ostzone nicht ausführen, da für einen Auftrag von 17 verschiedenen Teilen nicht weniger als 1434 Formulare, darunter 570 Uebersetzungen ins Englische, ausgefüllt werden müssen.

„Feldausbildung“ für „Industrie-polizei“

Die „Hamburger Volkszeitung“ vom 3. 4. 48 weiß aus zuverlässiger Quelle zu melden, daß die unter amerikanischem Schutz stehende sogenannte „Industrie-polizei“ (IP) in Bizonesien zur Zeit eine Feldausbildung nach den Dienstvorschriften der amerikanischen Infanterie erhält. Nach Schätzungen der Agentur Telepress beträgt die Stärke der Industrie-polizei ca. 40 Bataillone, deren Angehörige insbesondere aus Berufssoldaten der Naziwehrmacht und sogar der nazistischen Waffen-SS bestehen.

In diesem Zusammenhang ist auch eine Nachricht der „Täglichen Rundschau“ von Interesse, nach welcher Walter Ulbricht vom Zentralsekretariat der SED auf einer Gewerkschaftskonferenz in Dresden feststellte, daß die Industrie-polizei „nach den von der US-Militärregierung herausgegebenen Richtlinien zum Kampf gegen die Arbeiterschaft gedrillt“ werde. Da die Arbeiter der Stadt Mannheim besonders starke Kontingente der Industrie-polizei beherbergen, gewinnen für uns diese Richtlinien besondere Bedeutung. Wir nehmen an, daß sie identisch sind mit dem von der „Berliner Zeitung“ am 16. 11. 47 veröffentlichten Geheimbefehl der Augsburger Sektion der IP, der Anweisungen über das Verhalten der IP bei Unruhen enthält. Unruhen werden durch soziale Mißstände hervorgerufen, betont der Befehl, deren Ausdrucksformen, Hungersnot und Arbeitslosigkeit sind. Aber statt diese Mißstände und ihre Ursachen zu beseitigen, sieht der Befehl die Niederknüpfung der Arbeiter vor. Da werden genaue Instruktionen erteilt über den Unterschied zwischen einer Menschenmenge und „Mob“. Da wird eine Stufenfolge der Mittel aufgestellt, durch die „Mob“ oder Menschenmengen zum Auseinandergehen zu bewegen sind, von leichter Gewalt mit Feuererschlauch über Trümpfas und Schreckschüsse bis zum Gebrauch der Schusswaffe, der auf Befehl eines Vorgesetzten erfolgt. Schließlich erörtern diese Anweisungen verschiedene Angriffsformen, den Barrikadenbau, die Grundsätze für den Häuserkampf, den Angriff mit Truppen der Besatzungsmacht unterstützt von Panzern und Flugzeugen. Eine neue Bürgerkriegsgarde von diesem Umfang stellt eine große Gefahr für die friedliche Entwicklung und den Wiederaufbau nicht nur Westdeutschlands sondern Deutschlands überhaupt dar.

Jeder 3. Prager ist Kommunist

DPD gibt eine Mitteilung der Prager Ortsgruppe der Kommunistischen Partei bekannt, wonach diese jetzt 305 060 Mitglieder zählt. Demnach ist jeder dritte Bewohner Prags Mitglied der Kommunistischen Partei.

Gefahren westlicher Preispolitik

(PD) „Deutschlands Stimme“, das Wochenblatt der Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden, schreibt am 4. April unter obigem Titel u. a.

„Die sowjetische Delegation hat den alliierten Kontrollrat bekanntlich unter Protest verlassen, weil die anderen Mächte diese Körperschaft durch einseitige Maßnahmen unterhöhlt und zu einer rein formalen Einrichtung gemacht haben. Noch bevor die Sowjetkommission aus dem Kontrollrat gegangen war, konnte sich die „Rhein-Neckar-Zeitung“ von zuständiger Seite melden lassen, daß die britische Militärregierung in Zukunft keinerlei Preisangelegenheiten mehr dem Kontrollrat vorlegen werde. Statt dessen werde das Zweimächtekontrollamt in Frankfurt alle Preisentscheidungen selbständig treffen.“

Dieser Schritt gefährdet die wirtschaftliche Einheit noch mehr als alles, was bisher geschehen ist. Für das wichtigste Schlüsselprodukt Kohle ist von der britischen Besatzungsmacht mit Wirkung vom 1. April 1948 bereits eine Erhöhung des Preises um 8 RM je Tonne angeordnet worden, obwohl die Sowjetregierung dem widersprochen hat.

Mit der Entfesselung einer Preiserhöhungswelle bei den Schlüsselprodukten, wie sie von Unternehmenseite dringend gewünscht wird, wird die bisherige Währungsunion zerstört, auch wenn zunächst noch die gleiche Geldbasis gilt. Selbst wenn man für die Mark in der Ostzone mehr kaufen könnte als in Westdeutschland, so ist das ein Zustand, der auf die Dauer nicht tragbar ist.

Modernes Bauernlegen in Baden

Kleinbauern und Pächter in ihrer Existenz bedroht / Großgrundbesitz macht „Bodenreform“

Wir haben schon wiederholt im „Volksecho“ einen gewissen Herrn Konsul Freytag in Mauer und seine Gattin, geb. Frein von Göler-Ravensburg, angeprangert. Diese beiden bringen die Bauern um ihre Existenz durch Entzug des Pachtlandes. Anfangs nur wenige Hektar; jetzt ist es, wie wir aus der „Rhein-Neckar-Zeitung“ erfahren, die schon ganz ansehnliche Fläche von 17 ha. Im Herbst soll der Rest daran glauben und der gesamte Besitz von 39 ha in Eigenbewirtschaftung übergeben. Billige Arbeitskräfte stellen die Umsiedler, der Herr Konsul braucht sich die Finger nicht schmutzig zu machen.

35 Kleinbauern von Mauer sind in ihrer Existenz bedroht, nicht zuletzt auch deshalb, weil der württembergisch-badische Landtag einen wirksamen Pachtschutz der Kleinpächter gegenüber dem Großgrundbesitz abgelehnt hat. Der beschlossene Pachtschutz ist bis zum Oktober dieses Jahres begrenzt. Die Herren Großgrundbesitzer finden bei ihrem Vorgehen immer Rückendeckung, sei es bei den bürgerlichen Parteien, bei der Industrie oder bei den Behörden. Dem Konsul wurde das Bauernlegen z. B. dadurch ermöglicht, daß die Firma Lanz einen Traktor, wie es heißt „leihweise“ zur Verfügung stellte. Was sagt der Betriebsrat von Lanz dazu? Die Herkunft des Treibstoffs ist immer noch ungeklärt und im Hintergrunde stehen einflussreiche Kreise in Karlsruhe. Ob die etwa beim Landwirtschaftsamt zu suchen sind?

Aus Dilsberg und Neckarsteinach meldet der gleiche Bericht, daß die Existenz von 22 Kleinbauern gefährdet ist, weil ein Herr von Warsberg Dorth die Kleinpächter zum Herbst vertreiben will. Das Pachtland, um das es sich dabei handelt, ist einst der Gemeinde Dilsberg regelrecht durch Be-

trag gestohlen worden.

Hier sei einmal die Frage erlaubt: Was sagt eigentlich der Bauernverband zu all dem? Der Verband soll die Interessen der Bauern wahrnehmen. In zahlreichen Versammlungen hat der Bauernverband durch Resolutionen und Entschlüsse zu den aktuellen Fragen der Landwirtschaft Stellung genommen. Wir vermissen aber bis jetzt eine klare und eindeutige Stellungnahme des Verbandes gegen diese bauernfeindlichen Maßnahmen der adeligen Junker und der Großgrund-

besitzer. Die Leitungen des Bauernverbandes drücken sich wohl, so kann man annehmen, bewußt um eine klare Stellungnahme herum, um so mehr aber haben die Bauern selbst Ursache, gegen das Treiben der Gutsherren Front zu machen. Sie müssen alles aufbieten, um den Landraub zu verhindern. Wenn die Bauernschaft sich nicht geschlossen und einheitlich zur Wehr setzt, dann werden die Grundherren ihr Treiben im Herbst nach Ablauf des Pachtschutzgesetzes nur noch verstärkt fortsetzen. -gr-

Vor hundert Jahren:

Sturm auf die Fürstlich-Leininger Zwingburgen

Im Jahre 1803 kam ein großer Teil des badischen Frankensandes durch Reichsgesetz - Reichsdeputationshauptschluss - an das von Napoleon neu errichtete Fürstentum Leiningen. Die Leininger besitzen heute noch in Nordbaden, Bayern und Hessen sehr umfangreiche Ländereien und Wälder. Nach ihrer Meinung haben ihre Vorfahren diese Besitztümer „rechtmäßig“ erworben, ja diese Vorfahren waren sogar denkbar sozial und rücksichtsvoll gegen die Bauern. In einer Schrift, welche die Leiningerische Verwaltung in Amorbach als Antwort auf mehrere Artikel des „Volksechos“ verbreiten ließ, heißt es z. B.:

„Daß die Fürsten zu Leiningen stets eine offene Hand für Bedürftige hatten, beweisen unsere umfangreichen Unterlagen.“

Wie es damit in Wirklichkeit stand, geht aus einer geschichtlichen Untersuchung von Dr. K. Hofmann, erschienen im Jahre 1911, hervor. Darnach wurden im vorigen Jahrhundert die alten Feudallasten, Zehnten, Gülten, Grundzinsen, Handlohn und Bürger-einzugsgehalt von vielen Leiningerischen

Beamten mit unerbittlicher Strenge eingezogen. Bei ganz armen Leuten, die keine sonstigen Vorräte mehr hatten, wurden Hühner, Enten und Gänse gepfändet. Keine Garbe durfte vom Feld, bevor nicht der Beamte der Standesherrschaft deren Teil weggenommen hatte, keine Traube durfte geschnitten werden, bevor nicht die fürstliche Erlaubnis gegeben war.

Im Jahre 1848, als der Märzsturm über Deutschland brauste, sind auch die Bauern im Frankensand gegen ihre Peiniger, die Leininger, Löwensteins usw. aufgestanden. Am 7. März stürmten die Bauern von Schweigern, Schüpf und Bobstadt, bewaffnet mit Messern, Säbeln, Gewehren, Beilen und ähnlichen Werkzeugen das Leiningerische Rentamt in Boxberg. Akten und Bücher wurden verbrannt, die Einrichtung zertrümmert. In den umliegenden Ortschaften wurden sämtliche Pfand-, Gült- und Zehntbücher und die Gemeindefakten verbrannt und in Boxberg am 8. März das Schloß, in welchem die den Bauern abgenommenen Vorräte eingelagert waren, ausgeräumt. In Tauberbischofsheim und in Buchen wurden ebenfalls die Rentämter gestürmt, am 9. März wurde der Leiningerische Gutshof „Marienhöhe“ von den Bürgern Osterburkens gestürmt und verbrannt. Das Gut Marienhöhe war der Gemeinde Osterburken einstweilen gestohlen worden. Den übrigen Standesherrschaften im Frankensand, den „Adelsheim“, „Collenberg“, „Wertheim“ ging es in jenen Tagen ähnlich, wie den Leiningeren.

Mit Hilfe preussischer Militärs wurden die Bauernaufstände schließlich unterdrückt. Die adeligen Junker konnten sich wieder des Genusses ihrer umfangreichen Besitztümer erfreuen, auch im Jahre 1918 wurde verkündet, diese mittelalterliche feudale Herrschaft zu entmachten. Im zweiten Weltkriege mußte das deutsche Volk für dieses Verstummen schwer büßen. Heute fordern deshalb alle fortschrittlichen Menschen in Deutschland Sühne für Jahrhunderte alten Unrechts durch Enteignung des junkerlichen Großgrundbesitzes. -g-

Egon Erwin Kisch gestorben

Am Nachmittag des 31. 3. starb in Prag an den Folgen eines Schlaganfalls Egon Erwin Kisch im Alter von 63 Jahren. In E. E. Kisch verliert die fortschrittliche, soziale Arbeiterbewegung einen glühenden Kämpfer für Frieden, Menschenrechte und Völkerverständigung.

Die Werke des in der ganzen Welt bekannten „rasenden Reporters“, der mehr war, als dieser Beiname ausdrückt - ein Schriftsteller, der mit großem Einfühlungsvermögen, im glänzenden Stil die Probleme des Kampfes gegen Unterdrückung und Ausbeutung darlegte und Wege zu ihrer Lösung zeigte -, sind in fast alle Welt Sprachen übersetzt worden. Ursprünglich schuf er in seinen rund 30 Werken einen neuen Stil der künstlerischen Reportage. Vor der Nazidiktatur hatte Kisch in Mexiko ein Asyl gefunden. Nach dem Kriege in seine Heimatstadt Prag zurückgekehrt, wandte er sich unverzüglich neuem Schaffen zu. Auf seinem Schreibtisch hinterließ er ein leider unvollendetes Werk, das den Titel führen sollte „Karl Marx und die Tschechoslowakei“.

Die große Gemeinde seiner Leser, die vielen Freunde, die er der fortschrittlichen Literatur in deutscher Sprache in der ganzen Welt gewinnen konnte, werden Kisch nicht vergessen.

Mitbestimmung heißt: besser leben!

Weinheimer Bauarbeiter fordern Arbeitskleidung und Arbeitsschuhe

Gegen Schieber und Schwarzhändler wendet sich eine Entschloßene der Generalversammlung der gewerkschaftlich organisierten Weinheimer Bau- und Erdarbeiter. „Wohlgenährt und gut gekleidet, mit prätentivem Geldbeutel, wollen die Schieber noch schnell ihr ergaunertes Geld unterbringen.“ Für Bauarbeiter gäbe es keine Schuhe und keine Arbeitskleidung. Alle bewirtschafteten Güter würden auf dem schwarzen Markte zu hohen Preisen ver- und gekauft, stellen die Bauarbeiter fest. An die maßgebenden Stellen richten sie die Bitte, hier endlich abzuhelfen.

Ob die berechtigten Beschwerden und Bitten der Bauarbeiter bei den Behörden Gehör finden werden? Bis-

her wurden alle derartigen Wünsche nicht erfüllt. Auch dem letzten Arbeiter muß klar werden: Ohne die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes der Werktätigen in Betrieb und Wirtschaft wird sich eben nichts ändern. Bei der Regierung liegt der Entwurf der Gewerkschaften und des Arbeitsministers über die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes. Wie lange noch? Wie lange wird dieses verfassungsmäßig garantierte Recht der Arbeiterschaft noch sabotiert? Hier muß der Druck einsetzen. Es muß unmißverständlich zum Ausdruck gebracht werden, daß die Arbeiterschaft eine weitere Verschleppung und Sabotage des Mitbestimmungsrechtes nicht dulden will.

Bodenreform in Mexiko

Von Egon Erwin Kisch

In Torreon sitzt seit fünfundsiebenzig Jahren Mister Pegrum-Dutton, ein Engländer von überdimensionaler Länge. Mr. Pegrum-Dutton hatte als junger Heimkehrer aus dem ersten Weltkrieg eine Anstellung nach Torreon angenommen. Von Torreon wußte er damals nur, daß es in dem Lande liegt, wo ein Berg Popocatepetl heißt.

„Steht Torreon nicht in der British Encyclopaedia?“, fragte ich.

„Damals? Nein, was denken Sie! Eigentlich ist Torreon erst seit 1936, seit der Cardenaschen Bodenaufteilung an die Baumwollarbeiter zu dem geworden, was es jetzt ist. Innerhalb dieser acht Jahre hat sich die Einwohnerzahl um mehr als ein Drittel erhöht, und es sind in dieser Zeit mehrere tausend Häuser gebaut worden.“

Ich frage, wieso das mit der Bodenaufteilung zusammenhängen soll.

„Die Großgrundbesitzer waren Ausländer, Spanier zumeist, die entweder in Mexiko-Stadt lebten oder gar in Madrid, wo sie ihre Gewinne investierten oder ausgaben. Früher besaß ein Hacendado bis zu 75 000 Hektar, heute sind 150 Hektar das gesetzlich festgelegte Maximum. Allerdings...

hat er rechtzeitig sein Vermögen auf Frau und Kinder überschrieben, so besitzt er mit seiner Familie drei- und viermal 150 Hektar. Aber auch das ist nur ein Bruchteil seines ehemaligen Eigentums. Um nun den alten Profit herauszuholen, hat er Intensivbewirtschaftung eingeführt und vor allem seinen Absentismus aufgegeben, das heißt, er lebt nicht mehr ferne von der Scholle, sondern auf ihr, sein eigener Verwalter. Natürlich schimpfen die ehemaligen Hacendados über die Aufteilung, unter vier Augen gestehen sie aber zu, daß sie sich nicht mehr zurückziehen nach der Unübersichtlichkeit ihrer Ländereien und nach dem Ärger mit den Peonen. Sie verstehen?“

Ich verstehe, obgleich ich zum ersten Male das Eingeständnis höre, daß durch die Landaufteilung die „Beraubten“ nichts verloren und die Stadt einen ungeahnten Aufschwung erlebte. Ich könnte so etwas niemals aussprechen, ohne mir den Vorwurf plumpester Propaganda zuzuziehen. So frage ich denn: „Darf ich das als Ihre Meinung zitieren, Mr. Pegrum?“

„Sie können ruhig sagen, daß ich das gesagt habe“, sagte der britische Konsul, „aber fügen Sie, bitte, hinzu, daß ich im Prinzip ein Gegner der Bodenpolitik von Cardenas bin.“

(Aus „Entdeckungen in Mexiko“, Aufbau-Verlag, Berlin.)

Unter der Lupe

Die Wahrheit setzt sich durch

W. Mai, Neckarstadt, Mittelstraße, schreibt uns u. a.: „Mein Sohn ist vor 4 Wochen aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekommen. Auf Grund seiner Schilderungen kann man nur das Beste sagen. Die Behandlung war gut und gerecht, das Essen bei weitem nicht so schlecht, wie die üblichen dreckigen Nachreden sind. Sind irgendwo mal Unstimmigkeiten vorgekommen, dann waren es in der Regel deutsche Lagerverwalter, die sich nicht schämten, ihren Kameraden in betrügerischer Absicht Lebensmittel zu entziehen. Mein Sohn war an Flektyphus und an Malaria erkrankt, die Behandlung war jedesmal hervorragend und vorbildlich sauber. Es gab Fälle, wo Patienten ihren eigenen Körper schädigten durch tägliches Salzessen oder durch Trinken von nicht einwandfreiem Wasser und durch andere Mittel. Ich kann diese Art von Methoden verstehen, die Sehnsucht nach der Heimat ist etwas sehr natürliches; aber dann darf man dies nicht zur Hetzpropaganda benutzen. Mein Sohn sagt mir jetzt nach vier Wochen, daß er in der russischen Gefangenschaft mehr zu essen hatte, als jetzt zu Hause.“

Kein Verständnis für entlassene Kriegsgefangene

Ein aus England entlassener Kriegsgefangener beschwert sich bei uns über das Mannheimer Arbeitsamt, bei dem er das Verständnis für die menschlichen Belange der Kriegsgefangenen vermisst. Er erhielt für 14 Tage den Stempel, um sich Wohnung, Arbeit und Nahrung zu besorgen. Seine Frau ist in Berlin zur Pflege ihrer schwerkranken Mutter; er hat die Frau seit 4 1/2 Jahren nicht gesehen. Der Vater ist in der französischen Zone verstorben. Zu den notwendigen Reisen in die französische Zone und nach Berlin braucht man Zeit, aber das Arbeitsamt verweigert den Stempel zum Erwerb der Lebensmittelkarten. Der Heimkehrer ist nun mit Recht der Auffassung, daß dies nicht in Einklang zu bringen sei mit der Weihnachtsbotschaft der Ministerpräsidenten der deutschen Länder, in der betont wurde, daß man den Heimkehrern behilflich sein will, den Weg in das normale Leben wieder zu finden.

Frischer Ostwind wäre nötig!

„Mit Frau und Kind bewohne ich ein Zimmer mit zwei schiefen Wänden (gerade Fläche 5 qm). Jedes Jahr stürzt ein Teil der schiefen Wand ein, so auch vorige Woche. Zur Behebung des Schadens ist kein Material da; dagegen fehlt es nicht an Material, um einen Springbrunnen im Ziergarten zu bauen.“

Die herabfallende Wand zerschlug dem Flüchtling in Bammental, der uns vorstehendes schrieb, zwei Kaffeetaschen. Er bekam einen Bezugschein für zwei Tassen und mußte mit diesem Bezugschein nach Eberbach fahren, obwohl in den Läden in Bammental Geschirr vorhanden ist. In Eberbach erhielt er aber keine Tassen, sondern zwei kleine Schüsseln für seinen Bezugschein. 4,40 Mark für die Fahrt, 1,60 Mark für zwei kleine Schüsseln (statt Tassen), ein halber Tag vertan, das war der Erfolg. „Höchste Zeit wäre es“, so heißt es u. a. in dem Brief weiter, „daß ein frischer Ostwind käme und die Geister aufrütteln würde. Die Herren sollten die Gutmütigkeit und Geduld des Volkes nicht als Dummheit auslegen.“

Was geht in Oftersheim vor?

Das Kultusministerium in Stuttgart hat im vergangenen Monat plötzlich die Leitung der Schule in Oftersheim dem jüngsten Hauptlehrer übertragen. Der bisherige Leiter, der im Jahre 1945 dieses Amt mit Zustimmung des Gemeinderats übernahm und es auch zur vollsten Zufriedenheit der Bevölkerung ausübte, wurde übergangen. In der Gemeinde herrscht Empörung über diese Maßnahme, und wie wir hören, wurde auch von anderer Seite beim Kultusministerium Einspruch erhoben. Wir fragen in aller Öffentlichkeit:

Warum wurde der bisherige Leiter der Schule nicht zum Rektor ernannt? Welche dunklen Kreise stehen hinter diesen Machenschaften, die allzusehr an das vergangene tausendjährige Reich erinnern? KPD Oftersheim.

Echo der Jugend

Es kommt nicht selten vor, daß Vertreter der Generation der Erwachsenen und der Alten es nicht verstehen, in richtiger Weise an die Jugend heranzutreten. . . . Ohne die volle Selbständigkeit wird die Jugend weder imstande sein, gute Sozialisten aus sich zu machen, noch sich darauf vorzubereiten, den Sozialismus weiterzuführen. **Lenin**.

Ferienlager für 20 000 Jugendliche

Auch in diesem Jahr bereitet die Freie Deutsche Jugend Berlin Sommerlager in der näheren Umgebung der Stadt für die Berliner Jugend vor. Mehr als 20 000 Jungen und Mädchen werden hier Freude und Erholung finden.

Schluß mit schönen Worten!

Die Entlohnung der Lehrlinge und Jungarbeiter richtet sich meist noch nach Bestimmungen aus der Vorkriegszeit und trägt den heutigen Verhältnissen nicht im geringsten Rechnung. Die generelle Erhöhung der Lehrlingsentlohnung wurde zwar vom Länderrat beschlossen, aber niemand rührt sich, diesen Beschluß in die Tat umzusetzen. Für Lehrlinge älterer Jahrgänge, die durch die



Kriegsereignisse erst jetzt einen Beruf erlernen können, müssen Sondervereinbarungen abgeschlossen werden. Es ist auch eine Notwendigkeit, besonders befähigte Lehrlinge vorzeitig zur Gesellenprüfung zuzulassen. Freie Bahn dem Tüchtigen!

Eine ganz besondere Härte und Ungerechtigkeit ist die geringere Entlohnung der Jungarbeiter bei gleicher Arbeit und Leistung wie die älteren Kollegen. Die Jungarbeiter sind entschlossen, sich dieser Ungerechtigkeit zu widersetzen. Sie denken auch nicht daran, sich als Lohndrücker gegen die Älteren einzusetzen zu lassen. Die Verfassung von Württemberg-Baden gesteht uns im Artikel 20 und 22 den gleichen Lohn bei gleicher Arbeit und Leistung formell zu. Wir erwarten nun von unseren Betriebsräten und Gewerkschaften, daß sie uns in unserem Kampf zur Verwirklichung dieser Artikel unterstützen.

Aus der Arbeit eines Jugendbetriebsrates

Der Jugendvertreter im Betriebsrat hat sich in seinem Betrieb für die Förderung der Berufsausbildung, soziale und wirtschaftliche Betreuung und für eine fortschrittliche Erziehung der Jugend einzusetzen. Wir Jugendbetriebsräte haben besonders auf die Ausbildung der Lehrlinge zu achten. Keine berufsfremden Arbeiten dürfen den Lernenden belasten. Oft beschweren sich Lehrlinge, daß sie „Mädchen für alles“ sind. Da ist es Pflicht eines jeden von uns einzuschreiten. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen. Keine Ueberstunden und Schichtarbeit für Jugendliche! Wir fordern Abschaffung der Schicht- und Akkordarbeit für alle Jugendlichen unter 18 Jahren, damit der schlechte Gesundheitszustand nicht noch verschlimmert wird. Der Hitler-Krieg hat Raubbau getrieben mit den jungen Arbeitskräften. Wir müssen heute darauf achten, daß nicht weiter Schindluder mit ihnen getrieben wird. Wir treten dafür ein, jedem Lehrling in Lehrwerkstätten zumindest Teilschwer- und in der Produktion die Zulagekarte der betreffenden Abteilung zukommen zu lassen. Nur dann sind die Lehrlinge in der Lage, den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. **F.H.**

Unsere Jugendseite

Es ist ein bedauerliches Zeichen, daß die Mitarbeiter so mancher Jugendzeitschrift „Jünglinge mit grauem Bart“ sind. Es ist weiterhin eine bedauerliche Tatsache, daß in der Lizenzpresse „infolge des Raummangels“ die Jugend so gut wie gar nicht zu Worte kommt.

Da aber die Presse viel dazu beitragen kann, bessere und gesündere Lebensbedingungen für die Jugend zu schaffen, hat sich die Redaktion des Volksechos entschlossen, von Zeit zu Zeit, trotz des geringen Umfangs

unseres Blättchens, die Jugend zu Worte kommen zu lassen.

Um allen Seiten des Jugendlebens Rechnung zu tragen, ist die Mitarbeit der Jugend im Betrieb, Schule, Jugendorganisationen usw. erforderlich. — Schreibt uns aus eurem Leben, gebt Anregungen, nehmt Stellung! — Es ist dabei völlig gleichgültig, welcher Partei oder Jugendorganisation ihr angehört oder ob ihr überhaupt nicht organisiert seid. Die Jugendseite des Volksechos will die Interessen der gesamten Jugend wahrnehmen!

Wenn es gelingt, daß in unserer Jugendseite die Jugend verantwortlich mitarbeitet und der Jugend dadurch geholfen wird, dann ist der Zweck dieser Seite vollumfänglich erfüllt.

Die Jugend fordert die Einheit Deutschlands

Durch die amerikanische Presse ging vor kurzem die „sensationelle“ Nachricht, daß ein gewisser John Barkley in Chicago einen neuen Rekord im Laufen auf dem Kopf aufgestellt habe. Ohne Hilfe von Beinen oder Händen und nur mit dem Kopf von der Erde abstoßend — durchmaß er 300 Meter!

Welch ein Stümper ist jedoch dieser John Barkley gegenüber der Gruppe von „Eingeborenen“, die man bei uns schlicht als „Minister“ bezeichnet.

Sie haben ihr amerikanisches Vorbild weit überflügelt und sind heute nach knapp drei Jahren Training nicht nur in der Lage, das politische Geschehen von dieser verdrehten Perspektive aus zu sehen und zu beobachten, sondern sogar jegliche Forderungen und Wünsche der Bevölkerung auf den Kopf zu stellen und der stauenden Menschheit als „in ihrem urchigsten Interesse liegend“ zu verkünden.

So bekommen es diese Herren fertig, zu einer Zeit, wo der Gedanke des Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden immer breitere Schichten des Volkes und vor allem die Jugend erfaßt, sich, wie zum Beispiel der Vizepräsident des Wirtschaftsrates in Frankfurt, Dahrendorf (SPD), neben der wirtschaftlichen auch für die politische „Konsolidierung“ Westdeutschlands, oder, wie der „Unionsdienst“ der Arbeitsgemeinschaft CDU-CSU, für die „staatsrechtliche Konstruktion der drei Westzonen“ einzusetzen.

Wie peinlich muß es für unsere „Frankfurter Kleindeutschen“ sein, plötzlich feststellen zu müssen, daß gerade die Jugend, deren aus Blut und bitteren Erfahrungen gewachsenes Mißtrauen gegen „Partei Führer“ sie immer in Uninteressiertheit und Passivität umzufälschen versuchen, beginnt, sich den Schlaf aus den Augen zu reiben und erkennt, daß wieder

einmal eine Handvoll Dunkelmänner ihre Zukunft gegen handfeste Profite und einen weniger handfesten Marshall-Plan verschachern wollen.

Die Stellungnahme junger Gewerkschaftler, religiöser Sozialisten oder das Beispiel der Lehrlinge von Heid & Neu in Karlsruhe und der Jungen und Mädels einer Stuttgarter Jugendversammlung, die Delegierte zum Volkskongreß nach Berlin wählten, lassen klar genug erkennen, daß die Jugend genug von den Versprechungen und der Almosenpolitik des letzten Jahres hat.

Die Rationskürzungen der letzten Monate sind für uns junge Menschen nicht nur ein erneutes Beispiel für die Unfähigkeit der Verwaltungsorgane, sondern auch ein schlagender Beweis dafür, daß nur ein über alle Zonen hinweg abgestimmtes Wirtschaftsleben unserem Volke ein Lebensminimum garantieren kann.

Wir wissen, daß eine wirkliche Gesundung nur dann möglich ist, wenn unsere Produktion entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung in Schwung kommt und sich Süd und Nord, Ost und West dabei ergänzen.

Man mag den Volkskongreß verleumden und bekämpfen, die Jugend hat jedenfalls erkannt, daß sein Programm für Einheit und gerechten Frieden der Wegweiser für eine bessere und glücklichere Zukunft ist. Wie schon die Studenten auf der Wartburg im Jahre 1817, so verkünden auch wir: „Die Lehre von Spaltung in Norddeutschland und Süddeutschland ist irrig, falsch und verrucht. Es ist eine Lehre, von einem bösen Feind ausgegangen. Es gibt ein Norddeutschland und es gibt ein Süddeutschland, wie es eine rechte und eine linke Hand am Menschen gibt. Aber der Mensch ist eins und hat nur einen Sinn und ein Herz; und Deutschland ist eins und soll nur einen Sinn und ein Herz haben.“ — m. o. —

Um die Rechte der Jugend

Die Zeitungen sind voll von Berichten über jugendliches Schwarzhändlerium und von der „Verwahrlosung der Jugend“. Jedoch kaum eine Meldung erscheint, die berichtet, daß positive Maßnahmen ergriffen wurden, um der ohne eigenes Verschulden in Not und in moralischen Verfall geratenen Jugend zu helfen. Der Teil der Jugend, der durch Elternhaus usw. noch einen moralischen Rückhalt hat, und das ist noch der größere Teil der Jugend, wird dadurch keineswegs in seiner gesunden Haltung bestärkt und gefördert und wird deshalb von Tag zu Tag anfälliger für die „leichtere Verdienstmöglichkeit“.

Bezeichnend hierfür ist die Stellungnahme eines Jungarbeiters, der uns berichtete:

Tag für Tag stehe ich im Betrieb mit älteren Kollegen zusammen und vollbringe die gleiche Arbeit und Leistung wie sie. Der einzige Unterschied zwischen den älteren Kollegen und mir besteht in dem zur Auszahlung gelangenden Lohn! — Bei der Arbeitsleistung fragt niemand danach, ob ich 19 oder 35 Jahre alt bin, aber bei der Lohnzahlung bin ich „viel jünger als die anderen“. Ich habe es satt, mir das länger mit anzusehen. Ich sehe keinen berechtigten Grund, der dem Unternehmer gestatten könnte, mir auf Grund meines Lebensalters —

bei gleicher Leistung — weniger Lohn zu gewähren als den älteren Kollegen, zumal wir unverheiratete Jungarbeiter wesentlich höhere Abzüge haben als die Älteren. Mein Lohn steht mir ja nicht zum „verjubeln“ zur Verfügung, sondern er dient der Unterstützung meiner Angehörigen. Wenn ich als „freier Unternehmer“ auf den Schwarzmarkt ginge, hätte ich es allerdings bequemer.

Wir können die Auffassung dieses Jungarbeiters völlig verstehen! Wir sind der Meinung, daß der Landtag von Württemberg-Baden endlich an die Verwirklichung des Artikels 19 der Verfassung — Die Jugend ist gegen Ausbeutung . . . zu schützen — und des Artikels 20 — Bei gleicher Leistung ist gleicher Lohn zu gewähren — herangeht! Es ist höchste Zeit, daß der Unternehmerwillkür und der Mißachtung des Volkswillens, der in der Verfassung niedergelegt ist, Einhalt geboten wird. Wie dieser Jungarbeiter haben es alle fortschrittlichen Menschen satt, daß die Verfassung ein totes Stück Papier bleibt und jede Gesetzgebung, die den Schaffenden nützen könnte, von der CDU- und DVP-Mehrheit im Landtag sabotiert wird.

Wir fordern: Erfüllung der Artikel 19 und 20 der Verfassung! — ofw —

Tagung des Weltjugendrats in Rom

Auf der 7. Sitzung des Exekutivrates des Weltjugendbundes protestierten die Mitglieder des Rates gegen die Todesurteile über junge spanische Freiheitskämpfer in Barcelona. Eine Weltjugendkonferenz der Arbeiterjugend wurde für August in Warschau beschlossen. Als Ziel des Bundes wurde noch einmal festgelegt: Sicherung des Friedens und der demokratischen Entwicklung jedes Landes.

Erziehungsbeihilfen für Minderbemittelte

Vier Millionen Reichsmark hat der brandenburgische Landtag für Erziehungsbeihilfen an minderbemittelte Eltern begabter Schüler vorgesehen. Besondere Aufmerksamkeit soll der Versorgung der Schuljugend mit waserdichtem Schuhwerk gewidmet werden.

Sand in der Maschine?

In den Straßenbahnen, in den Vereinsversammlungen, von der Kanzel, aus Ministerien und Ämtern kann man hören: „Die Jugend ist in Gefahr. Ihre Moral ist bedenklich!“ An Rezepten zur Besserung fehlt es nicht. Aber hat man schon einmal überlegt, daß gerade deshalb, weil die Moral



bedenklich ist, der gesunde Teil der Jugend um so mehr geschützt und gestärkt werden muß? Dafür ein Beispiel: Die derzeit geltenden Lehrlingslöhne sind unter den veränderten sozialen Verhältnissen einfach zu niedrig. Weil dem so ist, wurde schon vor mehreren Monaten beim Länderrat deren hundertprozentige Erhöhung beantragt. Seitdem gehen tausende junger Arbeiter Tag für Tag ihrer Arbeit nach und warten, warten. . . . Der sozialpolitische Ausschuß des Länderrates aber rührt sich nicht. Sollte vielleicht Herr Syndikus ein Veto eingelegt haben? Unsere Moralanwälte dürfen sich aber dann nicht wundern, wenn immer wieder ein junger Mensch die ehrliche Arbeit im Stich läßt und der magischen Hand des schwarzen Marktes erliegt. — r.

Kinderdörfer statt Waisenhäuser

Tannenberg i. Erzgebirge. Die Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen gründeten für die Kriegswaisen ihrer Länder sogenannte Waisen- oder Kinderdörfer, deren besondere Aufgabe darin liegt, durch neuartige Methoden in der Erziehung, Versorgung und Verwaltung den Verhältnissen gerechter zu werden, in die Kinder durch die Ereignisse des Hitler-Krieges gestürzt wurden. Auch das Land Sachsen will jetzt ein solches Kinderdorf errichten.

„Pionierstadt“ in Jugoslawien

Eine „Pionierstadt“ der jugoslawischen Jugend entsteht in der Nähe von Zagreb, am Fuße des Blyemagebirges. Ein Kulturheim, eine Radiostation, eine Schule, Sportanlagen und Schwimmbassins sollen erbaut werden. In dieser Stadt werden die besten Schüler aus allen Gebieten Jugoslawiens einen Ferienmonat verbringen können.

Jugendliche in den Betrieben

Denkt an die Betriebsratswahlen!

Sorgt dafür, daß bei den kommenden Betriebsratswahlen in jedem Betrieb aktiv und fortschrittlich eingestellte Jugendliche als Kandidaten aufgestellt werden, die gemeinsam mit erfahrenen Vertrauensleuten der Werkstätten die Interessen der Jugend besonders wahrnehmen können.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S. 3. 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1. 4-6. — Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. — Auflage: 29 000.